

Möglichkeit von Verhandlungen mit diesem offenhalten wollte. Jedenfalls war es von vornherein nur ein Teil der Fürsten, der eine Neuwahl erstrebte; die anderen wollten Heinrich zwar demütigen, aber als König behalten. Diese widerstrebenden Tendenzen waren offenbar die Ursache für die Dauer der fürstlichen Beratung in Tribur und gestalteten diese ebenso schwierig wie die Auseinandersetzung über den Rhein hinüber mit dem Könige. Sie wurden schließlich vorläufig überbrückt durch die beschlossene Vertagung auf einen Reichstag und Übertragung der Entscheidung an Gregor. Denn damit war einstweilen eine Einheitsfront der Gegner Heinrichs hergestellt, und wenn der Papst in Deutschland erschien, war seine Autorität auch imstande, die verschiedenen Gruppen auf eine einheitliche Linie zu bringen. Das ist der Kern des gefaßten Beschlusses, der erst auf diese Weise ganz verständlich wird.

Kein Zweifel, daß es auch sonst sehr verschiedenartige Bestrebungen waren, die sich in der damaligen Front der Fürsten gegen den König vorübergehend zusammenfanden.¹⁾ Über die Einzelheiten sind meist nur tastende Vermutungen möglich; die Hauptfrage liegt darin, ob zwischen dem Episkopat und den Laienfürsten eine Interessenspaltung erkennbar ist. Davon ist zwar in den Quellen nicht die Rede, aber Braßmann hat sie aus den Bedingungen des Vertrages erschlossen: die Rückgabe der Stadt Worms an ihren Bischof Adalbert sei - - wegen der grundsätzlichen Bedeutung des Streits zwischen Bürgerschaft und Bischof - - eine Konzession an den Episkopat gewesen, habe aber den Fürsten sonst keinen Vorteil gebracht, wie denn der König gegenüber den Sachsen und den oberdeutschen Herzögen keinerlei Nachgiebigkeit bewiesen habe.²⁾ Das tatsächliche Bild des Vertrages stellt sich aber doch wohl anders dar. Wir können es offen lassen, ob der König nicht auch den Sachsen ein Zugeständnis gemacht hat, wie es ein Teil unserer Quellen berichtet.³⁾ Sicher aber ist, daß

¹⁾ Vgl. Braßmann I S. 175—187.

²⁾ Braßmann I S. 187. 188. Von Siegfried von Mainz, der nach Braßmann eine Sonderstellung hatte (S. 175—179), sehe ich ab, da wir über seine damaligen Ziele und die Gründe seines Parteiwechsels nur Vermutungen aufstellen können.

³⁾ Der schwäbische Annalist spricht von Freilassung der sächsischen